Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Haushaltsführung 2024

Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im vierten Vierteljahr des Haushaltsjahres 2024

Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 6. Juni 2025 II A 2 – H 1221/00020/004/166

Gemäß § 37 Absatz 4 Satz 1 der Bundeshaushaltsordnung in Verbindung mit § 4 Absatz 2 des Haushaltsgesetzes 2024 übersende ich die Zusammenstellung der über- und außerplanmäßigen (üpl./apl.) Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im vierten Vierteljahr des Haushaltsjahres 2024.

Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im vierten Vierteljahr des Haushaltsjahres 2024

1. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Einzel- plan/ Kapitel/ Titel	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen Ausgabe	Ansatz laut Haushalts- plan 2024 T€	bewilligte über-/außer- planmäßige Ausgabe T€
1	2	3	4

		-	T€
1	2	3	4
05	Auswärtiges Amt		
0502	Bilaterale Zusammenarbeit und Pflege der Auslandsbeziehungen		
687 01	Hilfe für Deutsche im Ausland und für nicht vertretene Unionsbürgerinnen und		
	Unionsbürger in Drittstaaten	5.980	4.70
	Haushaltsrechtliche Absicherung von Vorbereitungen für Rückreisen von Deutschen und ihren Familienangehörigen im Ausland auf Grund der aktuellen Krisensituationen in Israel, den Palästinensischen Gebieten und dem Libanon. Die überplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 4. Oktober 2024 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.		
0504	Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland		
687 20	Leistungen an Deutsche Auslandsschulen gemäß §§ 11 und 12 ASchulG	190.000	9.000
	Höhere Zahlungen an Deutsche Auslandsschulen wegen höherer Anzahl förderberechtigter Deutscher Auslandsschulen und infolge von tarifrechtlichen Anpassungen. Die Mehrausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf § 7 in Verbindung mit §§ 11 und 12 des Auslandsschulgesetz (ASchulG).		
06 0601	Bundesministerium des Innern und für Heimat Heimat, Gesellschaft und Verfassung		
684 28	Beteiligung des Bundes an der Ausrichtung der Sommeruniversiade 2025	7.307	1.132
	Ausgleichszahlungen auf Grund Mietaufhebungsvereinbarung mit den städtischen Dienstleistungsbetreibern in Düsseldorf und der Neuanmietung von zusätzlichen Hallen bei der Messe Essen.		
0603	Integration und Migration, Minderheiten und Vertriebene		
684 12	Durchführung von Integrationskursen nach der Integrationskursverordnung	1.068.000	174.533
	Sicherstellung eines durchgängig ausreichenden Angebots an Integrationskursen auf Grund starken Anstiegs von Teilnehmenden und erhöhtem Anteil kostenbeitragsbefreiter Teilnehmender. Die überplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 4. Oktober 2024 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.		
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz		
0901 671 11	Innovation, Technologie und Neue Mobilität		
01111	Ausgaben und Finanzierungskosten im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Wandelanleihe von Northvolt durch die KfW	950	620.64
		550	320.04

Zahlung fälliger Forderungen sowie Refinanzierungskosten der KfW. Die Erfüllung

Rechtsverpflichtung beruht auf der Verwaltungs- und Freistellungsvereinbarung mit der KfW im Northvolt-Zuweisungsgeschäft. Die überplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 2. Dezember 2024 dem

einer

Mehrausgabe

dient der

Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.

Rechtsverpflichtung.

Einzel- plan/ Kapitel/ Titel	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen Ausgabe	Ansatz laut Haushalts- plan 2024 T€	bewilligte über-/außer- planmäßige Ausgabe T€
1	2	3	4
697 01	Ausgaben im Zusammenhang mit dem Beteiligungserwerb und der -verwaltung von CureVac Erstattung von Refinanzierungs- und Verwaltungskosten der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Die Mehrausgabe dient der Erfüllung einer	1.000	425
	Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf der zwischen der KfW und dem Bund geschlossenen "Verwaltungs- und Freistellungsvereinbarung im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Beteiligung an der CureVac AG durch die KfW (oder eine Tochtergesellschaft der KfW)".		
0902	Mittelstand: Gründen, Wachsen, Investieren		
882 01	Zuweisungen für betriebliche Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung		
	der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW)	679.426	37.875
	Fortsetzung von Infrastrukturmaßnahmen des Landes Berlin und des Ausbauvorhabens des Landes Niedersachsen beim Deutschen Offshore Industrie Zentrum Cuxhaven. Die überplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 16. Dezember 2024 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.		
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales		
1101	Leistungen nach dem Zweiten und Dritten Buch Sozialgesetzbuch		
000.44	und gleichartige Leistungen	44.400.000	4 000 000
632 11	Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung	11.100.000	1.300.000
	Ungünstigere Entwicklung der Anzahl von Bedarfsgemeinschaften und erwerbsfähigen Leistungsberechtigten sowie höhere durchschnittliche Kosten je Bedarfsgemeinschaft für Unterkunft und Heizung. Die Mehrausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf § 46 SGB II. Die überplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 13. November 2024 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.		
681 12	Bürgergeld	26.500.000	3.200.000
	Ungünstigere Entwicklung der Anzahl von Bedarfsgemeinschaften und erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Die Mehrausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf § 19 SGB II. Die überplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 8. November 2024 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.		
1102	Rentenversicherung und Grundsicherung im Alter und bei		
632 01	Erwerbsminderung Erstattungen des Bundes für die Grundsicherung im Alter und bei		
032 01	Erwerbsminderung	10.900.000	235.000
	Höhere Erstattungsansprüche der Länder insbesondere auf Grund der Entwicklung der Zahl der Leistungsbezieher. Die Mehrausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf § 46a SGB XII. Die überplanmäßigen Ausgaben sind mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 28. Oktober und 18. November 2024 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.		

Einzel- plan/ Kapitel/ Titel	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen Ausgabe	Ansatz laut Haushalts- plan 2024 T€	bewilligte über-/außer- planmäßige Ausgabe T€
1	2	3	4
636 82	Zuschuss des Bundes an die allgemeine Rentenversicherung im Beitrittsgebiet	12.022.914	75.000
	Höherer Zuschuss des Bundes an die allgemeine Rentenversicherung im Beitrittsgebiet. Die Mehrausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf § 287e Absatz 2 SGB VI. Die überplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 29. November 2024 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.		
1106	Maßnahmen des Bundes mit Beteiligung Europäischer Fonds (ESF, EGF, EHAP) sowie sonstige internationale Angelegenheiten		
687 31	Beiträge an internationale Organisationen	26.552	176
	Auswirkung der Wechselkursentwicklung auf den in Schweizer Franken zu zahlenden Beitrag an die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in Genf. Die Mehrausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf der Mitgliedschaft in der ILO.		
1116	Bundesamt für Soziale Sicherung		
532 04	Prüfungskosten	350	30
	Höhere Erstattung auf Grund einer gestiegenen Anzahl von Prüfungsausschüssen und höherer Auslagen auf Grund von Preissteigerungen. Die Mehrausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf § 77 Abs. 3 Satz 2 und § 40 Abs. 6 Satz 2 Berufsbildungsgesetz.		
12	Bundesministerium für Digitales und Verkehr		
1216	Bundeseisenbahnvermögen		
634 01	Erstattungen von Verwaltungsausgaben des Bundeseisenbahnvermögens	5.116.980	229.440
	Höhere Erstattung an das Bundeseisenbahnvermögen wegen höherer Zahlungen infolge von tarifrechtlichen Anpassungen. Die Mehrausgabe dient der Erfüllung von Rechtsverpflichtungen. Diese beruhen auf § 3 Absatz 2 Nr. 3 Bundeseisenbahnneugliederungsgesetz (BEZNG) in Verbindung mit Art. 143a Absatz 1 S. 3 GG und in Verbindung mit § 16 Absatz 1 BEZNG. Die überplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 29. November 2024 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.		
14	Bundesministerium der Verteidigung		
1405	Militärische Beschaffungen		
554 25	Beschaffung U-Boot Klasse 212 Common Design	0	595.000
	Abschluss eines Vertrages über die Beschaffung von vier weiteren U-Booten U212CD. Die überplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 21. November 2024 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.		
1407	Sonstiger Betrieb der Bundeswehr		
533 01	Kosten für den Betrieb des Schleusenwerkes der 4. Hafeneinfahrt in Wilhelmshaven	1.120	400
	Höhere Erstattung auf Grund des Anstiegs der Personalkosten- und Festmacherleistungen für den Betrieb des Schleusenwerkes der 4. Hafeneinfahrt in Wilhelmshaven. Die Mehrausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf vertraglichen Vereinbarungen mit dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr.		

Einzel- plan/ Kapitel/ Titel	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen Ausgabe	Ansatz laut Haushalts- plan 2024 T€	bewilligte über-/außer- planmäßige Ausgabe
1	2	3	T€ 4
15	Bundesministerium für Gesundheit		
1513	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung		
428 02	Entgelte für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler	2.623	197
	Höhere Zahlungen infolge von tarifrechtlichen Anpassungen. Die Mehrausgabe dient der Erfüllung von Rechtsverpflichtungen. Die Rechtsverpflichtungen beruhen auf dem Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst vom 22. April 2023 in Verbindung mit den Arbeitsverträgen.		
1517	Robert Koch-Institut		
428 02	Entgelte für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler	27.561	2.248
	Höhere Zahlungen infolge von tarifrechtlichen Anpassungen. Die Mehrausgabe dient der Erfüllung von Rechtsverpflichtungen. Die Rechtsverpflichtungen beruhen auf dem Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst vom 22. April 2023 in Verbindung mit den Arbeitsverträgen.		
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend		
1701	Gesetzliche Leistungen für die Familien		
636 11	Erstattung von Verwaltungskosten an die Bundesagentur für Arbeit für die Durchführung des Bundeskindergeldgesetzes	170.000	24.000
	Höhere Anzahl an Bearbeitungsverfahren bei den Familienkassen auf Grund gestiegener Anzahl anspruchsberechtigter Kinder. Die Mehrausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf § 8 Abs. 3 des Bundeskindergeldgesetzes in Verbindung mit der zwischen der Bundesregierung und der Bundesagentur für Arbeit geschlossenen Vereinbarung.		
681 11	Kindergeld für Anspruchsberechtigte nach § 1 BKGG	210.000	5.810
	Höhere Zahlung auf Grund gestiegener Anzahl anspruchsberechtigter Kinder. Die Mehrausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf dem Bundeskindergeldgesetz.		
681 13	Kinderzuschlag für Anspruchsberechtigte nach § 6 a Bundeskindergeldgesetz	2.370.000	610.000
	Gestiegene Anzahl anspruchsberechtigter Kinder. Die Mehrausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf § 6a Bundeskindergeldgesetz. Die überplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 10. Oktober 2024 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.		
685 01	Zuweisung an die Conterganstiftung für behinderte Menschen	170.309	4.972
	Erhöhung der Conterganrenten auf Grund der Rentenanpassung in der gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Juli 2024. Die Mehrausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf dem Conterganstiftungsgesetz.		
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung		
2301	Bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit		
687 06	Krisenbewältigung und Wiederaufbau, Infrastruktur	1.040.200	35.000
	Kurzfristige Krisenbewältigung und Minderung der Folgen der Eskalation des Nahostkonflikts für den Libanon und der sich daraus ergebenen Fluchtbewegungen innerhalb Libanons und nach Syrien. Die überplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 15. Oktober 2024 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.		

Einzel- plan/ Kapitel/ Titel	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen Ausgabe	Ansatz laut Haushalts- plan 2024 T€	bewilligte über-/außer- planmäßige Ausgabe T€
1	2	3	4
0040	0 11 0 111		
2310 896 32	Sonstige Bewilligungen Sonderinitiative Geflüchtete und Aufnahmeländer	400 700	25.000
896 32		408.792	25.000
	Unterstützung von Binnenvertriebenen, Flüchtlingen, aufnehmenden Gemeinden im Libanon und Syrien infolge von Fluchtbewegungen auf Grund der Eskalation des Nahostkonflikts. Die überplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 15. Oktober 2024 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.		
25	Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen		
2501	Bau- und Wohnungswesen		
632 01	Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz	2.150.000	250.000
	Erhöhtes Antrags- und Bewilligungsgeschehen bei den Wohngeldbehörden im Ergebnis der Wohngeld-Plus-Reform 2023. Die Mehrausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf dem Wohngeldgesetz. Die überplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 29. Oktober 2024 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.		
893 01	Prämien nach dem Wohnungsbau-Prämiengesetz	200.000	24.000
	Höhere Zahlungen für Wohnungsbauprämien. Die Mehrausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf dem Wohnungsbau-Prämiengesetz.		
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung		
3002	Leistungsfähigkeit des Bildungswesens, Nachwuchsförderung		
882 01	Zuweisungen an die Länder zur Förderung von Investitionen in die digitale		
	Infrastruktur für Schulen gemäß § 2 Nr. 3 Digitalinfrastrukturgesetz (DIFG)	1.250.000	310.000
	Höhere Abrufe der Länder zur Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber den Schulträgern. Die Mehrausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf der Verwaltungsvereinbarung DigitalPakt Schule 2019 bis 2024 zwischen Bund und Ländern vom 16. Mai 2019. Die überplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 11. Dezember 2024 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.		
3004	Forschung für Innovationen, Zukunftsstrategie		
685 81	Gesetzliche Endlageraufwendungen (Endlagervorausleistungen und		
	Endlagergebühren)	100.323	8.690
	Höhere Endlagervorausleistungen auf der Grundlage der Kalkulation des BMUV. Die Mehrausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf der Endlagervorausleistungsverordnung sowie dem Standortauswahlgesetz.		

Einzel-

plan/

Ansatz laut

Haushalts-

bewilligte

über-/außer-

planmäßige

Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung

Abs. 1 des Gesetzes zur Überführung der Ansprüche und Anwartschaften aus

Zusatz- und Sonderversorgungssystemen des Beitrittsgebiets.

Kapitel/ Titel	Begründung der über- und außerplanmäßigen Ausgabe	plan 2024 T€	planmäßige Ausgabe T€
1	2	3	4
60	Allgemeine Finanzverwaltung		
6067	Sonstige Versorgungsausgaben		
439 41	Sonstige Versorgungsleistungen an Angehörige der ehemaligen Nationalen Volksarmee	7.600	8.300
	Höhere Erstattungsbeträge des Bundes an die Deutsche Rentenversicherung Bund wegen höherer Ausgaben nach dem Dienstbeschädigungsausgleichsgesetz. Die Mehrausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf § 15 Abs. 5 des Gesetzes zur Überführung der Ansprüche und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen des Beitrittsgebiets.		
636 42	Erstattung an Sozialversicherungsträger für Rentenleistungen an Angehörige der ehemaligen Nationalen Volksarmee und ihre Hinterbliebenen	955.000	15.700
	Höhere Erstattungsbeträge des Bundes an die Deutsche Rentenversicherung Bund auf Grund höherer Ausgaben für Rentenzahlungen. Die Mehrausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf § 15 Abs. 1 des Gesetzes zur Überführung der Ansprüche und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen des Beitrittsgebiets.		
636 43	Erstattung an Sozialversicherungsträger für Rentenleistungen an Angehörige der		
	ehemaligen Deutschen Volkspolizei, der Feuerwehr und des Strafvollzugs und ihre Hinterbliebenen	852.000	26.000
	Höhere Erstattungsbeträge des Bundes an die Deutsche Rentenversicherung Bund auf Grund höherer Ausgaben für Rentenzahlungen. Die Mehrausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf § 15		

2. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Einzel-		Ansatz VE laut	bewilligte
plan/	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung	Haushalts-	über-/außer-
Kapitel/		plan 2024	planmäßige
Titel/	Begründung der über- und außerplanmäßigen VE	γιαι 2024 Τ€	VE
VE		16	T€
1	2	3	4

09 Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

0914 Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung

518 02 apl Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen

Liegenschaftsmanagement - 1.264

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:

Im Haushaltsjahr 2027 bis zu: 632 T€
Im Haushaltsjahr 2028 bis zu: 632 T€

Abschluss einer Refinanzierungsvereinbarung mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben für durchzuführende brandschutztechnische Sanierung in der Liegenschaft Unter den Eichen.

14 Bundesministerium der Verteidigung

1404 Wehrforschung, Entwicklung und Erprobung

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:

Im Haushaltsjahr 2028 bis zu: $48.900 \, T \in$ Im Haushaltsjahr 2029 bis zu: $80.700 \, T \in$ Im Haushaltsjahr 2030 bis zu: $85.700 \, T \in$ Im Haushaltsjahr 2031 bis zu: $61.000 \, T \in$ Im Haushaltsjahr 2032 bis zu: $6.400 \, T \in$

Vertragsabschluss für die Entwicklung und Qualifizierung eines Lenkflugkörpers zur Aktiven Selbstverteidigung von U-Booten gegen Angriffe aus der Luft. Die überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 5. Dezember 2024 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.

1405 Militärische Beschaffungen

554 01 üpl Beschaffung von Sanitätsgerät sowie Erstbeschaffung der Vorräte an Arznei- und

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:

Im Haushaltsjahr 2027 bis zu: 38.847 T€

Vertragsabschluss zur Beschaffung von Rettungsstationen geschützt und ungeschützt, einschließlich der flankierend erforderlichen Ausbildung. Die überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 20. November 2024 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.

Im Haushaltsjahr 2029 bis zu:

Einzel- plan/ Kapitel/ Titel/ VE	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zv Begründung der über- und außerp	U	Ansatz VE laut Haushalts- plan 2024 T€	bewilligte über-/außer- planmäßige VE T€
1	2		3	4
554 05 üpl	Beschaffung von Fernmeldematerial		68.900	30.424
	Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig: Im Haushaltsjahr 2028 bis zu:	18.992 T€		

11.432 T€

Abschluss des Vertrages über die "Herstellung, Lieferung, Installation und Inbetriebnahme eines marktreifen, auf den permanenten Betrieb ausgelegten Weltraumüberwachungsradars". Die überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 25. November 2024 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:

Im Haushaltsjahr 2032 bis zu: 19.575 T€
Im Haushaltsjahr 2035 bis zu: 2.739 T€

Abschluss eines Vertrags zur Ergänzungsbeschaffung Lenkflugkörper Evolved Seasparrow Missile Block 2 i.H.v. 19.575 T€ sowie zur Realisierung der 2. Grundüberholung des Lenkflugkörpers MAW TAURUS mit Fähigkeitserhalt i.H.v. 2.739 T€. Die überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 19.575 T€ ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 5. Dezember 2024 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:

Im Haushaltsjahr 2028 bis zu:36.976 T€Im Haushaltsjahr 2029 bis zu:12.317 T€Im Haushaltsjahr 2030 bis zu:7.587 T€

Beschaffung des Ersatzteilerstbedarfs für den NATO-Helicopter 90 in der Variante Multi Role Fregate Helicopter. Die überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 21. November 2024 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:

Im Haushaltsjahr 2028 bis zu:590 T€Im Haushaltsjahr 2029 bis zu:25.590 T€Im Haushaltsjahr 2030 bis zu:17.060 T€Im Haushaltsjahr 2031 bis zu:8.530 T€Im Haushaltsjahr 2032 bis zu:8.530 T€

Beschaffung und Einrüstung eines Selbstschutzsystems Directed Infrared Counter Measures in das Waffensystem C-130J SUPER HERCULES. Die überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 15. November 2024 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.

Einzel- plan/ Kapitel/ Titel/ VE	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen VE	Ansatz VE laut Haushalts- plan 2024 T€	bewilligte über-/außer- planmäßige VE T€	
1	2	3	4	1
	-		7	

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:

Im Haushaltsjahr 2029 bis zu: 604.791 T€ Im Haushaltsjahr 2030 bis zu: 362.109 T€ Im Haushaltsjahr 2031 bis zu: 761.570 T€ Im Haushaltsjahr 2032 bis zu: 654.961 T€ Im Haushaltsjahr 2033 bis zu: 658.393 T€ 395.413 T€ Im Haushaltsjahr 2034 bis zu: Im Haushaltsjahr 2035 bis zu: 281.888 T€ Im Haushaltsjahr 2036 bis zu: 180.145 T€ Im Haushaltsjahr 2037 bis zu: 42.634 T€ Im Haushaltsjahr 2038 bis zu: 27.855 T€

Abschluss eines Vertrages über die Beschaffung von vier weiteren U-Booten U212CD. Die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 21. November 2024 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.

 554 34 üpl
 Kryptomodernisierung Bw
 20.600
 4.840

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:

Im Haushaltsjahr 2029 bis zu: 3.796 T€ Im Haushaltsjahr 2030 bis zu: 1.044 T€

Abschluss eines Vertrages zur Beschaffung von Multikrypto- und Mehrbereichsschlüsselgeräten im Rahmen der Kryptomodernisierung der Bundeswehr.

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:

Im Haushaltsjahr 2028 bis zu: $57.770 \, T \in$ Im Haushaltsjahr 2029 bis zu: $25.620 \, T \in$ Im Haushaltsjahr 2032 bis zu: $20.110 \, T \in$ Im Haushaltsjahr 2033 bis zu: $16.530 \, T \in$ Im Haushaltsjahr 2034 bis zu: $10 \, T \in$

Abschluss eines Vertrags zur Beschaffung von verlegefähigen Rechenzentren im Rüstungsprogramm German Mission Network. Die überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 5. Dezember 2024 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.

Einzel- plan/ Kapitel/ Titel/ VE	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen VE	Ansatz VE laut Haushalts- plan 2024 T€	bewilligte über-/außer- planmäßige VE T€
1	2	3	4

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:

Im Haushaltsjahr 2028 bis zu:510.425 T€Im Haushaltsjahr 2029 bis zu:433.118 T€Im Haushaltsjahr 2030 bis zu:256.210 T€Im Haushaltsjahr 2031 bis zu:272.365 T€Im Haushaltsjahr 2032 bis zu:21.436 T€

Abschluss eines Vertrags zur "Integration von Führungsfunk in Plattformen (Fahrzeuge und Funktionsräume/Kabinen) der Landstreitkräfte der Bundeswehr" i.H.v. 844.514 T€, zur Beschaffung der "Streitkräftegemeinsamen verbundfähigen Funkgeräteausstattungen und weiteren Führungsfunkgeräten" i.H.v. 355.567 T€ und zur IT-Systemintegration (ISI) im Rüstungsprogramm Digitalisierung Landbasierter Operationen i.H.v. 293.473 T€. Die überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen sind mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 21. und 26. November 2024 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.

554 83 apl Beschaffung des Waffensystems ARROW..... - 193

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:

Im Haushaltsjahr 2028 bis zu: 193 T€

Nationale Unterstützungsleistungen und Beschaffung von Beistellungen im Rahmen der Realisierung des Waffensystems ARROW. Die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 11. Oktober 2024 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.

1413 Bundeswehrverwaltung, Universitäten der Bundeswehr, Militärseelsorge usw.

532 05 apl Rechenzentrumsverbund GB BMVg - 1.043.260

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:

 Im Haushaltsjahr 2028 bis zu:
 135.500 T€

 Im Haushaltsjahr 2029 bis zu:
 162.640 T€

 Im Haushaltsjahr 2030 bis zu:
 190.470 T€

 Im Haushaltsjahr 2031 bis zu:
 128.780 T€

 Im Haushaltsjahr 2032 bis zu:
 136.750 T€

 Im Haushaltsjahr 2033 bis zu:
 142.710 T€

 Im Haushaltsjahr 2034 bis zu:
 146.410 T€

Sicherstellung der Maßnahme Rechenzentrumsverbund GB BMVg. Die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 29. November 2024 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.

Einzel- plan/ Kapitel/ Titel/ VE	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen VE	Ansatz VE laut Haushalts- plan 2024 T€	bewilligte über-/außer- planmäßige VE T€
1	2	3	4

30 Bundesministerium für Bildung und Forschung

3004 Forschung für Innovationen, Zukunftsstrategie

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:

Im Haushaltsjahr 2026 bis zu: 30.000 T€
Im Haushaltsjahr 2027 bis zu: 70.000 T€

Abschluss des Vergabeverfahrens für die Beschaffung des Forschungsschiffs Polarstern II. Die überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 16. Dezember 2024 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.

60 Allgemeine Finanzverwaltung

6004 Bundesimmobilienangelegenheiten

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:

Im Haushaltsjahr 2025 bis zu: 300 T€ Im Haushaltsjahr 2026 bis zu: 300 T€ Im Haushaltsjahr 2027 bis zu: 1.500 T€ Im Haushaltsjahr 2028 bis zu: 1.000 T€ Im Haushaltsjahr 2029 bis zu: 1.000 T€ Im Haushaltsjahr 2030 bis zu: 500 T€ Im Haushaltsjahr 2031 bis zu: 200 T€ 100 T€ Im Haushaltsjahr 2032 bis zu:

Fortführung der Planungen und Einleitung bauvorbereitender Maßnahmen für die von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben für den Deutschen Bundestag durchzuführenden Baumaßnahmen Besucher- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages mit unterirdischer Kältezentrale vor dem Reichstagsgebäude.

3. Über- und außerplanmäßige Ausgaben (ohne Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen)

Einzel-	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung	Ansatz laut	über-/außer-
plan/		Haushalts-	planmäßige
Kapitel/	Begründung der über- und außerplanmäßigen Ausgabe	plan 2024	Ausgabe
Titel		T€	T€
1	2	3	4

1017 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft 1017 Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) 632 01 Einrichtung und Betrieb einer zentralen Koordinierungs- und Kommunikationsstelle (KKS) der zentralen IT-Architektur für den gesundheitlichen Verbraucherschutz (ZITAgv)	635	0
11 Bundesministerium für Arbeit und Soziales		
1110 Sonstige Bewilligungen		
632 07 Erstattung des Bundes nach § 18 Absatz 3 AsylbLG	-	10.466
Erstattung des Bundes für Leistungen nach §§ 4 und 6 AsylbLG. Die Mehrausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf § 18 Absatz 3 AsylbLG. Das Bundesministerium der Finanzen hat bestätigt, dass es bei rechtzeitiger Vorlage eines Antrages die Einwilligung gemäß Art. 112 GG erteilt hätte.		
17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend		
1701 Gesetzliche Leistungen für die Familien		
681 11 Kindergeld für Anspruchsberechtigte nach § 1 BKGG	210	10.191
Höhere Zahlung auf Grund gestiegener Anzahl anspruchsberechtigter Kinder. Die Mehrausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf dem Bundeskindergeldgesetz. Das Bundesministerium der Finanzen hat bestätigt, dass es bei rechtzeitiger Vorlage eines Antrages die Einwilligung gemäß Art. 112 GG erteilt hätte.		
17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend		
1703 Stärkung der Zivilgesellschaft, Familien-, Gleichstellungs- und Seniorenpolitik		
685 11 Zuschuss an die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt	10.000	200

Fehlende Einnahmebuchung in entsprechender Höhe durch Überschreiten des

letzten HKR-Buchungstags zum Jahresabschluss.